

Europabericht

2. Vierteljahr 2011

*Reform der Regionalpolitik 2014 + und
die Haltung der österreichischen Länder*

Was ist „Stamp to Europe“?

Steirische Veranstaltungen in Brüssel

Europarecht aktuell

Internationale Kontakte der Steiermark

Aus dem Ausschuss der Regionen

Vorschau: Open Days 2011

Kroatiens Schritt in die Europäische Union

Österreichs Position zur aktuellen EU-Politik

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge



© (0316) 877 2200
www.europedirect.steiermark.at



Das Land
Steiermark

GZ.: FA1E -L1.60-34544/2010-422

→ Europa und Außenbeziehungen



Europabericht – in neuer Form

Mit dem vorliegenden zweiten Vierteljahresbericht 2011 wird eine neu gestaltete Form des Vierteljahresberichts vorgestellt.

Wesentlich dabei sind zwei Zielsetzungen, die in Verbindung mit der von der Landesregierung beschlossenen und dem Landtag vorgelegten Europastrategie zu sehen sind:

Erstens soll der Bericht „steirischer“ werden. Er folgt dem verfassungsrechtlich vorgesehenen Auftrag, über Entwicklungen in der Europäischen Union zu berichten aus zwei Perspektiven:

- Welche Aktivitäten mit EU-Relevanz werden in der Steiermark gesetzt?
- Was passiert in „Brüssel“ und welche Bedeutung haben diese Entwicklungen für die Steiermark?

Jede dieser Perspektiven enthält einen „Thementeil“, in dem verschiedene Bereiche in Artikeln und Beiträgen vorgestellt und erläutert werden sowie einen kompakt gehaltenen „Infoteil“, in dem relevante Informationen aus dem Berichtszeitraum zusammengefasst werden.

Zweitens soll der Bericht „leserfreundlicher“ sein. Durch ein überarbeitetes Layout, das insbesondere für Laptops geeignet ist, sowie den stärkeren Steiermark-Bezug soll die Attraktivität und damit auch die Verbreitung des Berichts über den verfassungsrechtlichen Auftrag hinaus forciert werden. Durch die weitgehende Verwendung von IT zur Übermittlung und Verwendung des Berichts wird auch dort, wo es sinnvoll ist, bewusst eine inhaltliche Schwerpunktsetzung im Bericht vorgenommen, gleichzeitig werden aber Links zu weiterführenden bzw. umfassenderen Informationen angeboten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Buchmann
Europalandesrat



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Einleitung | 1 |
| 1 a: Die Steiermark in der EU – Thementeil | 3 |
| <i>Reform der Regionalpolitik 2014 + und die Haltung der österreichischen Länder ...</i> | <i>3</i> |
| <i>Was ist „Stamp to Europe“?</i> | <i>5</i> |
| <i>Steirische Veranstaltungen in Brüssel</i> | <i>6</i> |
| 1 b:Die Steiermark in der EU – Infoteil | 8 |
| <i>Europarecht aktuell</i> | <i>8</i> |
| <i>Internationale Kontakte der Steiermark.....</i> | <i>10</i> |
| 2 a: Europa und die Steiermark – Thementeil | 14 |
| <i>Aus dem Ausschuss der Regionen.....</i> | <i>14</i> |
| <i>Vorschau: Open Days 2011</i> | <i>15</i> |
| <i>Kroatiens Schritt in die Europäische Union.....</i> | <i>17</i> |
| <i>Österreichs Position zur aktuellen EU-Politik</i> | <i>18</i> |
| 2 b: Europa und die Steiermark – Infoteil | 21 |
| <i>Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge.....</i> | <i>21</i> |



1 a: Die Steiermark in der EU – Thementeil

Reform der Regionalpolitik 2014 + und die Haltung der österreichischen Länder

Derzeit läuft in der Steiermark das operationelle Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007-2013“ mit einem Gesamtfördervolumen von über € 310 Millionen, wovon 50% aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung stammen.¹

Um die zukünftige Gestaltung der Regionalpolitik beeinflussen zu können, haben die österreichischen Länder bereits 2009 eine erste gemeinsame Länderstellungnahme formuliert, in der insbesondere gefordert wird, dass

- die Regionalpolitik nach 2013 in ihrer derzeitigen Form in den Grundzügen erhalten bleiben und weiterentwickelt werden soll, insbesondere die Ziele Konvergenz, Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie Europäische Territoriale Zusammenarbeit sollen aufrecht bleiben;
- andere Politikbereiche stärker mit der Kohäsionspolitik abgestimmt werden;
- die inhaltlichen Schwerpunkte Wirtschaft Innovation (einschließlich Forschung und Entwicklung)“ sowie „Beschäftigung/Soziale Eingliederung“ weiter forciert werden;
- für die operative Abwicklung die Vorschriften vereinfacht werden.

Auf dieser Grundlage hat die Steiermärkische Landesregierung am 3. Mai 2010 eine Position des Landes Steiermark zur EU-Regionalpolitik 2014-2020 beschlossen. Darin wurden die wichtigsten Aspekte der gemeinsamen Länderstellungnahme konkretisiert und die besonders relevanten Aspekte aus steirischer Sicht näher ausgeführt.

Aufgrund der fortlaufenden Diskussion auf europäischer Ebene hat die Landeshauptleutekonferenz am 19. Mai 2011 eine neue „Gemeinsame Stellungnahme der österreichischen Länder zur Reform der EU-Kohäsionspolitik 2014+“ beschlossen. Die Stellungnahme sieht 13 konkrete Forderungen an die Europäische Ebene und drei Forderungen an den Bund vor. Diese Forderungen betreffen spezifische Fragen der Architektur und Abwicklungsmodalitäten und sind bereits im Hinblick auf die in der zweiten Jahreshälfte 2011 zu erwartende Vorlage der Rechtsvorschriften für die EU-Kohäsionspolitik 2014+ zu verstehen.

Länder verlangen Fortsetzung und bessere Abstimmung der Regionalförderungen

¹ Über den Umsetzungsstand des Programms [Zukunft Innovation](#) in der Steiermark wird der nächste Europabericht informieren.



Gemeinsame Länderstellungnahme 2011

a) Forderungen an die Europäische Ebene:

1. Proportionalitätsprinzip in allen Phasen des Programmzyklus anwenden!
2. Strategischen Planungsansatz verstärken, regionale Flexibilität sicherstellen!
3. „Partnerschaftsvertrag“ als integrierte Entwicklungsstrategie verstehen!
4. Nur direkt beeinflussbare Konditionalitäten an Strukturfonds knüpfen!
5. Integrierte, sektorenübergreifende Entwicklung fordern!
6. Fortschritt auf Basis vergleichbarer und spezifischer Indikatoren messen!
7. Aufwand für Verwaltungs- und Kontrollsysteme reduzieren!
8. Förderfähigkeit durch klare Regelungen vereinfachen!
9. Kontrollaufwand reduzieren, Effizienz erhöhen!
10. Aufgaben auf geeigneter Ebene wahrnehmen, Subsidiarität leben!
11. ETZ: Kooperationsräume funktional abgrenzen, Mittel direkt auf Programme zuteilen!
12. ETZ: Europäischen Mehrwert der Zusammenarbeit kommunizierbar machen!
13. ETZ: Klarheit bei Vergabe- und Beihilfenrecht für grenzüberschreitende Kooperationen schaffen!

b) Forderungen an den Bund:

14. Gesamtkoordination stärken, Rollen klären!
15. Förderfähigkeit durch klare Regelungen vereinfachen!
16. Angemessene finanzielle Beteiligung des Bundes sicherstellen!

(Beschluss der Landeshauptleutekonferenz am 19. Mai 2011)



Was ist „Stamp to Europe“?

Informationen über das EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Der Steiermärkische Gemeindebund und der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. führen 2011 mit "STAMP TO EUROPE" eines der EU-weit ersten Projekte durch, das im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger" realisiert wird. Die Gemeinden dieser Regionen sollen „europafit“ werden, so das gemeinsame Ziel. Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg Vorpommern e.V., der Steiermärkische Gemeindebund und das Europaressort des Landes Steiermark haben dieses Projekt gemeinsam für ihre Gemeinden konzipiert.

Die Projektpartner aus Österreich und Deutschland haben sich für das Jahr 2011 zum Ziel gesetzt, dass sich die Kommunen durch Training und Beratung europafit für Städtepartnerschaften machen und so die Vorteile und Potenziale transnationaler Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene nutzen können. Dabei werden Gemeinden besonders mit dem EU-Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger (eacea.ec.europa.eu/citizenship) und der Aktion der Städtepartnerschaften bekannt gemacht. Europäische Städtepartnerschaften können mittels EU-Förderungen weitergeführt, wieder belebt oder überhaupt neu ins Leben gerufen werden. Gerade wenn der finanzielle Rahmen für Gemeinden immer enger wird, ist das Interesse auf kommunaler Ebene umso größer, für Aktivitäten in Gemeindepartnerschaften, die oft schon über Jahrzehnte Bestand haben, EU-Gelder lukrieren zu können.

In je sechs Intensiv-Workshops in beiden Ländern werden insgesamt rund 400 Bürgermeister und Führungskräfte aus den zusammen rund 1400 Gemeinden trainiert werden, damit sie EU-Förderungen für Städte- und Gemeindepartnerschaften aus dem Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger" besser in Anspruch nehmen können. Außerdem wird ein "Flying Project Office" eingerichtet, das 100 Teilnehmer vor Ort bei der Konzeption von EU-Projekten unterstützt. Die Kosten - rund 240 Euro pro Teilnehmer - werden zu 80 % von der Europäischen Union getragen. Die restlichen 20 % steuern die Gemeindeverbände bei. Die Gemeinden selbst müssen somit nur allfällige Reisespesen auslegen.

Bemerkenswert ist der Erfolg der Aktivitäten des Landes: im Jahr 2011 gab es bei den beiden Ausschreibungen des Förderprogramms für Gemeindepartnerschaften insgesamt fünf Förderzusagen für Österreich – davon gleich vier für steirische Gemeinden mit einem Fördervolumen von insgesamt 40.000 Euro.

⇒ www.gemeindepartnerschaften.steiermark.at

Termine:

27.-28.10.2011 in Diex (Kärnten): Zweitagesseminar Fördermöglichkeiten und Öffentlichkeitsarbeit (für Bürgermeister, EU-Gemeinderäte, Gemeindebedienstete)

17.11.2011

Seminar für MultiplikatorInnen (zB aus Regionalmanagements)



Steirische Veranstaltungen in Brüssel

Wichtige Termine im 2. Quartal 2011

- **31. März bis 1. April: Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR)**

An der 89. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) nahm erstmals der neue steirische Vertreter im AdR, Landesrat Dr. Christian Buchmann teil. Auf der Tagesordnung des AdR standen wichtige Stellungnahmen wie die „Überprüfung des EU-Haushalts“ und der „Fünfte Kohäsionsbericht“.

- **15. April: Steirische Landesschülervertreter**

Die steirischen Landesschülervertreter besuchten das Steiermark-Büro in Brüssel anlässlich eines Kurzbesuchs in der Hauptstadt der Europäischen Union. Neben einem Besuch des Europäischen Parlaments und der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, informierten sie sich über die Arbeitsweise ihrer regionalen Vertretung vor Ort.

- **5. Mai: Länderbriefing mit der Europa-Abgeordneten Ulrike Lunacek**

Zu den fixen Terminen im Arbeitsjahr der Verbindungsbüros der Bundesländer in Brüssel gehören auch Länderbriefings. Dabei werden die Länderbüros zu aktuellen Entwicklungen aus den jeweiligen Ressorts der Vortragenden informiert. Ulrike Lunacek sprach über ihre Aktivitäten bzw. Absichten hinsichtlich Kosovo/EU und ihre Arbeit gegen Diskriminierung innerhalb der Europäischen Union.

- **11./12. Mai: AdR Plenartagung**

Thema bei der AdR-Sitzung war insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit; dazu war unter anderem der für Wettbewerb zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Joaquin Alumna, zu Gast im AdR. Landesrat Buchmann als AdR-Mitglied nahm an der Plenartagung teil und führte ein Arbeitsgespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, Botschafter Walter Grammer, zu aktuellen Entwicklungen in der EU und Österreich.

- **19. Mai: BAA Meeting**

Um die Baltisch Adriatische Achse zu unterstützen werden regelmäßig Treffen zwischen den verschiedenen beteiligten Regionen abgehalten um das weitere Vorgehen zu koordinieren.



- **26. Mai: Besuchergruppen Universität Graz – Rechtswissenschaften**

Im Rahmen einer kurzen Studienreise waren Studenten der Karl Franzens Universität im Steiermark-Haus zu Gast, die sich über die Vertretung steirischer Interessen vor Ort informierten.

- **21. Juni: Besuchergruppe Altmandatare Rheinland-Pfalz**

Eine Gruppe ehemaliger Landtagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz diskutierte im Steiermark-Büro mit steirischen Vertretern die Arbeitsweise der Länderbüros aus Deutschland und Österreich.

- **24. Juni: Besuchergruppe Grüne GemeinderätInnen aus der Steiermark**

Im Rahmen einer Reise grüne GemeinderätInnen aus der Steiermark wurden zusammen mit MEP Lichtenberger aktuelle europäische Themen diskutiert.

- **30. Juni/1. Juli: AdR Plenartagung**

Bei der Plenartagung vom Ausschuss der Regionen ging es am 30. Juni in zwei Punkten um das steirische Kernthema „Innovation“. So stand die "Gemeinsame Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation" und die "Leitinitiative der Strategie Europa 2020 - Innovationsunion" auf der Tagesordnung.

- **30. Juni: Steiermark – Innovationsveranstaltung**

In Kooperation mit dem Internationalisierungszentrum Steiermark wurde im Rahmen einer Abendveranstaltung die Steiermark als Innovationsstandort präsentiert. Unter den mehr als 100 Gästen konnte Europalandesrat Christian Buchmann auch EU-Regionalkommissar Johannes Hahn begrüßen.



1 b: Die Steiermark in der EU – Infoteil

Europarecht aktuell

Rechtsanpassung in der Steiermark

Gesetz vom 15. Februar 2011 zur Schaffung einer umweltrelevanten Geodateninfrastruktur in der Steiermark (Steiermärkisches Geodateninfrastrukturgesetz 2001 – StGeodIG), LGBl. Nr. 35/2011 vom 19.04.2011, in Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie – Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft.

www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrStmk/LRST_8050_005/LRST_8050_005.pdf

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 31. März 2011, mit der bautechnische Anforderungen festgelegt werden (Steiermärkische Bautechnikverordnung 2011 – StBTv 2011), LGBl. Nr. 38/2011 vom 02.05.2011, in Umsetzung der Richtlinie 2002/91/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.

www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrStmk/LRST_8200_306/LRST_8200_306.pdf

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 14. April 2011, mit der die Verordnung über die Bekämpfung der Amerikanischen Rebzikade und der Goldgelben Vergilbung der Rebe geändert wird, LGBl. Nr. 39/2011 vom 11.05.2011, in Umsetzung der Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse.

www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrStmk/LRST_6130_311/LRST_6130_311.pdf

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. Mai 2011, mit der die Verordnung über die Durchführung des Bedienstetenschutzes im Bereich der Dienststellen des Landes geändert wird, LGBl. Nr. 48/2011 vom 22.06.2011, in Umsetzung der Richtlinie 2006/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05. April 2006 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (künstliche optische Strahlung), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle.

www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Lgbl/LGBl_ST_20110622_47/LGBl_ST_20110622_47.pdf



Vertragsverletzungsverfahren mit Steiermark-Bezug

Verstoß gegen die Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten bzw. Verstoß gegen Art. 18 AEUV durch die Gestaltung der Fahrpreise öffentlicher Verkehrsmittel für Studierende (Klage Rs C-75/11)

Die Kommission rügt die Knüpfung der Studierendenermäßigung in öffentlichen Verkehrsmitteln in einigen österreichischen Regionen (so auch in der Steiermark) an den Bezug der österreichischen Familienbeihilfe. Dies schließt Studierende aus, deren Eltern im Ausland lebten und verstoße gegen das Gleichbehandlungsgebot der Richtlinie 2004/38/EG bzw. gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV. Mit einem Urteil kann noch im Jahr 2011 gerechnet werden.

Verstoß gegen die Richtlinie 2008/1/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung ("IPPC") hinsichtlich „bestehender Anlagen“ (Vertragsverletzungsverfahren 09/2289)

Die "IPPC-Richtlinie" sieht vor, dass in den Mitgliedstaaten schon bestehende Betriebsanlagen, die im Anwendungsbereich der Richtlinie sind, seit dem 30. Oktober 2007 einer "IPPC-Anlagengenehmigung" bedürfen. Derzeit verfügen noch sieben Anlagen in Österreich – eine davon in der Steiermark - über keine derartige Genehmigung, weshalb die Kommission das Verfahren eingeleitet hat.

Verstoß gegen die Richtlinie 99/30/EG bzw. Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa hinsichtlich der PM10-Grenzwerte in Graz (Vertragsverletzungsverfahren 08/2183)

Laut Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 2008/50/EG stellen die "Mitgliedstaaten [...] sicher, dass überall in ihren Gebieten und Ballungsräumen die Werte für Schwefeldioxid, PM10, Blei und Kohlenmonoxid in der Luft die in Anhang XI festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten." In Anhang XI der Richtlinie 2008/50/EG sind zwei Arten von Grenzwerten für PM10 festgelegt: einer für die Konzentration pro Kalenderjahr ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) und einer für die Konzentration pro Tag ($50 \mu\text{g}/\text{m}^3$), der nicht öfter als 35-mal im Kalenderjahr überschritten werden darf.

Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, jährliche Berichte über die Einhaltung der verbindlichen Tages- und Jahresgrenzwerte für PM10 zu übermitteln. Daraus geht hervor, dass die Grenzwerte für Graz in den letzten Jahren nicht eingehalten werden konnten. Die Europäische Kommission hat allerdings mittlerweile eine Fristverlängerung für die Einhaltung der PM10 Grenzwerte für den Raum Graz bis zum 11. Juni 2011 unter der Bedingung genehmigt, dass ein modifizierter Luftqualitätsplan erarbeitet und der Kommission übermittelt wird. Dieser wurde mittlerweile der Kommission übermittelt und wird geprüft.

Studierende ohne österreichische Familienbeihilfe erhalten keine Fahrpreisermäßigung

Ein Anlagenverfahren war noch nicht abgeschlossen

Feinstaub: Neuer Luftqualitätsplan wurde übermittelt



Internationale Kontakte der Steiermark

Kalendarium

| | |
|---|---|
| <p>05.04.2011 Italienischer Botschafter trifft steirischen Landeshauptmann – Baltisch-Adriatische Achse als Hauptthema</p> | <p>Seinen Antrittsbesuch absolvierte der neue italienische Botschafter in Wien, Eugenio d'Auria, am 5.4.2011 bei Landeshauptmann Franz Voves. Beim Gespräch zwischen Landeshauptmann und Botschafter in der Grazer Burg waren auch der erste Botschaftssekretär Fabrizio Inserra sowie Honorarkonsul Angelo Urban anwesend.</p> |
| <p>05.04.2011 Kroatischer Botschafter zu Gast in der Grazer Burg – EU-Beitritt und gute Wirtschaftskontakte</p> | <p>Der zukünftige EU-Beitritt und gemeinsame Wirtschaftsprojekte standen am Nachmittag des 5.4.2011 im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen dem kroatischen Botschafter Gordan Bakota, Landeshauptmann Franz Voves und dem Vizepräsidenten des kroatischen Parlaments Neven Mimiza in der Grazer Burg.</p> |
| <p>06.04.2011 Analyse des slowakischen Ministerpräsidenten a.D. Jan Carnogursky – Mögliche Perspektiven der Slowakei im heutigen Europa</p> | <p>Zu einer hochkarätigen, interessanten Diskussion hatte das Ost-Mitteuropa Forum gemeinsam mit der Fachabteilung für Europa und Außenbeziehungen im Rahmen von „EuropeDirect“ in das Medienzentrum Steiermark am 6. April eingeladen.</p> |
| <p>14.04.2011 Risikoforscher Kromp plädiert: „Krško dringendst auf Erdbebengefahr untersuchen!“ – „Café Europa“ in Graz diskutierte Ausstieg aus der Kernkraft</p> | <p>Die Europaabteilung der Landesregierung lud gemeinsam mit der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft für Steiermark zu einem „Café Europa“ in Graz, das sich mit dem Thema „No Risk – no Energy“ beschäftigte.</p> |



| | |
|---|---|
| <p>15.04.2011</p> <p>EU-Regionalkommissar Johannes Hahn im Landtags-Europaausschuss: Steiermark ist EU-Modellregion für Innovation</p> | <p>EU-Kommissar Johannes Hahn lobte vor dem Landtags-Europaausschuss die Regionalpolitik der Steiermark, die als "Modell-Region" zu den Zugpferden Europas zähle und mit einer Forschungsquote von 4,4 Prozent des BIP schon jetzt wesentlich zum Erfolg der EU-Strategie Europa 2020 beitrage.</p> |
| <p>29.04.2011</p> <p>Gute Beziehungen zwischen der Steiermark und Ungarn – Antrittsbesuch des neuen ungarischen Botschafters</p> | <p>Der neue ungarische Botschafter Vince Szalay-Bobrovniczky hat am 29.4.2011 bei Landeshauptmann Franz Voves seinen Antrittsbesuch absolviert. Dabei wurde über die Ratspräsidentschaft der Republik Ungarn diskutiert. Im Rahmen eines „Café Europa“ im Medienzentrum meinte er, dass durch die Arbeitsmarktöffnung ab 1. Mai „keine Völkerwanderung von Ungarn“ zu erwarten sei.</p> |
| <p>04.05.2011</p> <p>"Europaminister" im Europa-Ausschuss des Landtages – Regionale Außenpolitik und globale Themen im Mittelpunkt</p> | <p>Einerseits die Schwerpunkte und Möglichkeiten der regionalen Außenpolitik, andererseits vor allem aktuelle europa- und außenpolitische Themen standen am 4. Mai 2011 im Mittelpunkt einer Sondersitzung des Europa-Ausschusses vom Landtag Steiermark, zu der Vizekanzler Michael Spindelegger als Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten zu Gast war.</p> |
| <p>09.05.2011</p> <p>Europatag als "Auftakt zur kulturellen Vernetzung": „Nicht nur Knoten bilden das Netz“</p> | <p>Anlässlich des Europatages lud Landesrat Christian Buchmann als Referent für Europa und Kultur zu einem hochkarätigen Diskussionsabend von Künstlern, Kulturmanagern, Autoren und Journalisten in die Alte Universität.</p> |



| | |
|--|--|
| <p>10.05.2011 Partnerregion Lublin zeigt großes Interesse für Wirtschaftskooperation – Greentech im Vordergrund - Biogas, Biodiesel, Hochwasserschutz und Architektur</p> | <p>Konstruktive Wirtschaftsgespräche im Rahmen der Partnerschaft mit der Steiermark prägten am 10. Mai 2011 den Beginn eines dreitägigen Besuchs einer Delegation aus der Wojewodschaft Lublin (Ostpolen), die von Vizemarschall Slavomir Sosnowski angeführt wurde.</p> |
| <p>12.05.2011 Schweizer Botschafter zu Gast in der Grazer Burg – Alpiner Skisport und gute Wirtschaftskontakte</p> | <p>Seinen Antrittsbesuch absolvierte der Schweizer Botschafter Urs Breiter am 12.5.2011 in der Grazer Burg. Beim gemeinsamen Gespräch mit Landeshauptmann Franz Voves standen vor allem die traditionell guten Beziehungen zwischen der Steiermark und der Schweiz im Mittelpunkt.</p> |
| <p>13.05.2011 Die Steiermark schlägt "Brücke in die Ukraine" – Regionspartnerschaft als Beitrag zur EU-Nachbarschaftspolitik</p> | <p>Die Steiermark wird künftig im Rahmen einer Regionspartnerschaft mit der ukrainischen Region Kirovograd zusammenarbeiten. Der entsprechende Vertrag wurde am 13.05.2011 in feierlichem Rahmen in der „Needle“ des Grazer Kunsthouses von Wirtschafts- und Europalandesrat Christian Buchmann und vom Vizegouverneur der Oblast Kirovograd, Andrii Nikolaienko, unterzeichnet.</p> |
| <p>15.06.2011 Steiermark intensiviert Zusammenarbeit mit Kroatien – Gespan von Vukovar-Srijem zu Besuch in Graz</p> | <p>Zu Wirtschaftsgesprächen trafen einander am 15.6.2011 Spitzen-Repräsentanten der Region Vukovar-Srijem, des ICS (Internationalisierungs-Center Steiermark) und der Steiermärkischen Landesregierung in Graz.</p> |
| <p>20.06.2011 Japan nach dem Beben: Wirtschaftskontakte zur Steiermark erwünscht – Botschafter Shigeo Iwatani bei Landeshauptmann Voves</p> | <p>Landeshauptmann Franz Voves empfing am 20. Juni 2011 den Botschafter Japans in Österreich, Shigeo Iwatani. Gesprächsthema war u.a. die Erdbebenkatastrophe vom März dieses Jahres mit ihren dramatischen Folgen.</p> |



[30.06.2011](#)

Steiermark präsentiert sich als EU-Innovationsregion – Brüssel zeigt großes Interesse für steirische Strategien

In Kooperation mit dem Internationalisierungszentrum Steiermark wurde im Rahmen einer Abendveranstaltung die Steiermark als Innovationsstandort präsentiert. Unter den mehr als 100 Gästen konnte Europa-Landesrat Christian Buchmann auch EU-Regionalkommissar Johannes Hahn begrüßen.



2 a: Europa und die Steiermark – Thementeil

Aus dem Ausschuss der Regionen

90. PLENARTAGUNG / 11. MAI BIS 12. MAI 2011

Die 90. Plenartagung wurde größtenteils dem Bereich Landwirtschaft gewidmet und somit war die Stellungnahme „Die GAP 2020 – Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete- die künftigen Herausforderungen“ eines der Hauptthemen. Die Mitglieder des Ausschusses betonten insbesondere, dass die Reformoptionen sowohl größere Änderungen, welche eine neue Konzeption erfordern, als auch die Verbesserung von Elementen, die sich in der gegenwärtigen Politik bereits bewährt haben, umfassen müssten. Auf dieser Basis soll die Gemeinsame Agrarpolitik eine nachhaltigere, ausgewogenere, stärker fokussierte und wirksamere Politik, die vor allem die Situation der Landwirte verbessert, werden.

Ein weiteres Thema, welches auch das Land Steiermark betrifft, war die Modernisierung des öffentlichen Auftragswesens, die in der Europa-2020-Strategie eine wichtige Rolle spielt. Die AdR-Mitglieder unterstützten mit ihrer Stellungnahme die Konzeption der Europäischen Kommission, dass die wirtschaftliche Nutzung öffentlicher Gelder optimal gewährleistet sein müsste und die Beschaffungsmärkte EU-weit zugänglich sein sollten. Im Zuge der Reform soll eine gezielte Anpassung der bereits bestehenden Instrumentarien angestrebt werden. Der Zugang von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) zu den Vergabeverfahren wird dabei als prioritär erachtet. Abschließend befürwortet der AdR in seiner Stellungnahme den Vorschlag der Europäischen Kommission, eine Änderung der Schwellenwerte und eine Überarbeitung des Grundsatzes der Transparenz, durchzuführen.

Die Unterlagen dazu:

<http://www.toad.cor.europa.eu/AgendaDocuments.aspx?pmi=ha5jDW%2bOWSGO8w1HSg2avQLC08zrXVq6AGYeagmHsrM%3d>

91. PLENARTAGUNG / 30. JUNI BIS 01. JULI 2011

Die letzte Plenartagung im Berichtszeitraum widmete sich dem Thema „Innovation“, das auch als steirisches Kernthema gilt. So standen die „Gemeinsame Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“ und die „Leitinitiative der Strategie Europa 2020 – Innovationsunion“ auf der Tagesordnung. Zur „Innovationsunion“ wurde vom AdR insbesondere ausgeführt, dass die folgenden Bereiche priorisiert werden sollten: Synergien zwischen Kohäsions- und Innovationspolitik, Innovationspartnerschaften unter Anerkennung der Bedeutung der Regio-

Steiermark-relevantes im 2. Quartal:

Zukunft der GAP-Agrarförderungen bis 2020

Öffentliches Auftragswesen wird KMU-freundlicher

EU-Mittel für Forschung und Innovation



nen, wissensbasierte und intelligente Spezialisierung und die Vermarktung von Ideen. In der Diskussion zur „Gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“ wurde insbesondere betont, dass eine ehrgeizige Innovationsstrategie der EU nicht nur auf einer starken wissenschaftlichen Grundlage, sondern auch auf einer soliden Industriepolitik aufbauen muss. Die regionale und kommunale Ebene sei gut geeignet um Synergien zwischen der Forschungs- und Innovationspolitik und der Kohäsionspolitik zu schaffen. Weiters betonten die AdR-Mitglieder, dass eine Aufstockung des EU-Forschungshaushalts unerlässlich sei und sie forderten, dass die lokalen und regionalen Akteure sinnvoll in die Technologieplattform eingebunden werden sollten.

Die Unterlagen dazu:

<http://www.toad.cor.europa.eu/AgendaDocuments.aspx?pmi=ha5jDW%2bOWSGO8w1HSg2avQLC08zrXVqdLxAYnYqvwQ%3d>

Vorschau: Open Days 2011

„Investieren in Europas Zukunft: Regionen und Städte für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“

Die Open Days – organisiert vom Ausschuss der Regionen und der EU-Kommission – sind mit rund 6.000 Teilnehmern die größte jährliche Konferenz über Europäische Regionalpolitik. Sie wird in diesem Jahr vom 10.-13. Oktober stattfinden. Teilnehmer sind Vertreter von europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Institutionen und Behörden. Während der Open Days werden Durchführung, Ergebnisse und Zukunftsperspektiven der EU-Kohäsionspolitik anhand von Beispielen aufgezeigt und erörtert.

Organisiert werden sie vom Ausschuss der Regionen der Europäischen Union und der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, dem EU-Ratsvorsitz sowie 206 Regionen und Städten aus 35 Ländern.

Ziele der Veranstaltung sind

- der Austausch nachahmenswerter Vorgehensweisen im Bereich der Regional- und Stadtentwicklung;
- die Unterstützung der Vernetzung der Verwaltungen in den einzelnen Staaten bei der Durchführung von Projekten, die aus den Strukturfonds finanziert werden,
- sowie ein Beitrag zu einer eingehenden Debatte über die Ergebnisse und die Zukunft der Kohäsionspolitik.

**Programm, Events
und Videoclips
online:**

opendays.europa.eu



Für 2011 wurden dazu drei Themen ausgewählt:

- **Europa 2020:** Wie können die Kohäsionspolitik und die Strukturfonds zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum beitragen?
- **Bessere Umsetzung:** Wie kann die Kohäsionspolitik im derzeitigen Programmzeitraum und nach 2013 besser umgesetzt werden?
- **Die Gebietsebene zählt:** Wie sollte die territoriale Zusammenarbeit in Zukunft aussehen, und welche Lehren lassen sich aus der Erfahrung von Drittstaaten ziehen?

Um diese Themen zu bearbeiten, wird eine große Anzahl von Workshops in Brüssel durchgeführt: 56 zu "Europa 2020", 14 zu "Bessere Umsetzung" und 28 zu "Die Gebietsebene zählt".

Als Teilnehmer werden eine Vielzahl von verschiedenen Akteuren erwartet: PolitikerInnen der nationalen, regionalen und lokalen Ebene. Mitglieder des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Parlaments Beamte aus europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Institutionen und Behörden, Fachleute auf dem Gebiet der Regionalpolitik, Vertreter von Firmen, Banken und Verbänden sowie Journalisten europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Medien.

Neben den Seminaren und Workshops, die in Brüssel stattfinden, sind im September, Oktober und November EU-weit über 250 lokale Veranstaltungen unter dem Motto "Europa in meiner Region/Stadt" geplant.

Steiermark präsentiert sich in der „Allianz für saubere Mobilität“

Die **Steiermark** ist mit neun Partnern Teil des Konsortiums "Alliance for Clean Mobility". Dabei findet am **11. Oktober 2011** eine politische Debatte im Steiermark-Haus zum Thema **„Nachhaltige Mobilität in der EU: Elektromobilität, Biogas und Biotreibstoffe - lokale und regionale Antworten“** statt.

Als "lokale Veranstaltung im Rahmen der Open Days" findet am **19. Oktober 2011** im Medienzentrum des Landes Steiermark in Kooperation mit dem Autocluster Steiermark eine Diskussionsveranstaltung **„Café Europa- Clean Mobility“** statt.

Alliance for Clean Mobility

Västra Götaland (SE)
 Castilla y León (ES)
 Basque Country (ES)
 Bretagne (FR)
 Gothenburg (SE)
 Nord-Pas de Calais (FR)
 Norte Portugal (PT)
 Oslo (NO)
 Picardie (FR)
 Steiermark (AT)
 Dunkerque (FR)



Kroatiens Schritt in die Europäische Union

EU-Beitrittsverhandlungen beendet – Beitritt ab Juli 2013

Am 10. Juni 2011 empfahl die Kommission die Aufnahme Kroatiens in die EU, am 30. Juni 2011 wurden die Verhandlungen als beendet erklärt, nachdem die letzten drei Verhandlungskapitel Wettbewerbsrecht, Justiz und Grundrechte sowie Finanzen abgeschlossen werden konnten.

Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen soll der Beitrittsvertrag noch heuer unterzeichnet werden. In Kroatien, wo für 4. Dezember Parlamentswahlen festgesetzt sind, muss überdies eine Volksabstimmung über den EU-Beitritt stattfinden. Ebenso müssen die 27 Mitgliedstaaten den Beitrittsvertrag ratifizieren.²

Für die Steiermark ist ein Beitritt Kroatiens von großer Bedeutung. Kroatien liegt weniger als 30 km Luftlinie von der Steiermark entfernt. Derzeit betragen Österreichs Exporte nach Slowenien doppelt so viel wie jene nach Kroatien. Dies resultiert auch daraus, dass die österreichischen Exporte nach Slowenien in den beiden Jahren nach dem EU-Beitritt dieses Landes im Jahr 2004 um fast ein Drittel zunahmen.³

Die guten Beziehungen der Steiermark zu Kroatien betreffen die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kultur und den Tourismus. Nach den jüngsten Regionalauswertungen lag die Steiermark beim Außenhandel mit Kroatien sowohl bei Importen (36 Prozent) als auch bei Exporten (26 Prozent) an der Spitze aller Bundesländer.
→ www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/11514927/2950520/

Kroatien, das – wie Slowenien – am 25. Juni 1991 seine Unabhängigkeit erklärt hatte, dann aber bis 1995 in einen Krieg verwickelt war, stellte am 21. Februar 2003 den Beitrittsantrag. Als Bedingung für die Beitrittsverhandlungen wurde seitens der EU eine Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien gestellt. Die Beitrittsverhandlungen begannen am 3. Oktober 2005, nachdem der Gerichtshof die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit Kroatien bestätigt hatte.

Mit dem Beitritt gelten für Kroatien alle „Freiheiten“ der Europäischen Union im Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Österreich dürfte allerdings – wie bei den EU-Beitrittsstaaten von 2004 und 2007 – eine Übergangsfrist für kroatische Arbeitnehmer vorsehen.

Läuft alles planmäßig, so wird Kroatien ab Juli 2013 das 28. EU-Mitglied sein

Chancen für die Steiermark, die im Außenhandel mit Kroatien an der Spitze aller Bundesländer liegt

Weiter Beschäftigungsbeschränkungen für Kroatien in Österreich?

² [Kroatiens Fahrplan in die EU](#)

³ Quelle: Außenwirtschaft Österreich, Statistiken des Außenhandels.



Arbeitsprogramm der polnischen Präsidentschaft

Österreichs Position zur aktuellen EU-Politik

Im zweiten Halbjahr 2011 hat erstmals Polen den Ratsvorsitz in der EU übernommen. Zentral im polnischen Programm sind drei Schwerpunktbereiche, auf die besonderes Augenmerk gelegt wird:

Integration als Wachstumsquelle: Das beinhaltet die Stärkung des Binnenmarktes, Weiterentwicklung des Forschungs- und Bildungsprogramm und die Behandlung des Finanzrahmens 2014-20.

Ein sicheres Europa: Sicherheit soll erreicht werden durch wirtschaftliche Steuerung, Energie- und Lebensmittelsicherheit sowie durch eine ambitionierte Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ein Europa, das die Offenheit nützt: Die Gemeinschaft der Mitgliedsländer soll unter anderem durch den, für Ende September geplanten, Gipfel der Östlichen Partnerschaft gestärkt werden.

Im Folgenden werden einige konkret geplante Initiativen des polnischen Vorsitzes sowie die österreichische Position dazu beschrieben:

EUROPA-2020-STRATEGIE:

Die Ziele der Strategie Europa 2020, über die in mehreren Vierteljahresberichten bereits informiert wurde, stehen auch im Mittelpunkt des polnischen Vorsitzes.

Österreich hat in Umsetzung der Vorgaben folgende nationale Ziele definiert: Eine Beschäftigungsquote von 77-78%, eine Forschungs- und Entwicklungsquote von 3,76%, massive Einsparungen vom Energieverbrauch, Minimierung der Schulabbrecherquote um ~10%, sowie eine 38-prozentige Steigerung von Absolventen einer Hochschule bzw. eines gleichwertiger Abschluss, und der Verminderung von Armut bzw. sozialer Ausgrenzung um 235.000 Personen.

SOZIALPOLITIK:

Unter polnischer Präsidentschaft wird für die Änderung der „EMF-Richtlinie“ 2004/40/EG (Gefährdung der Gesundheit und Sicherheit durch Elektromagnetische Felder am Arbeitsplatz) versucht ein rascher Abschluss zu finden.

Österreich begrüßt und unterstützt einen raschen Abschluss. Die noch offenen Punkte des Entwurfs sind im Wesentlichen für Österreich unproblematisch. Österreich spricht sich aber deutlich gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Richtlinie aus.





Mit der Begründung einer familienfreundlicheren Arbeitspolitik wird die Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs von 14 auf 20 Wochen gefordert sowie 100% Bezahlung für diesen Zeitraum. Die Reaktionen der Mitgliedsländer sind ablehnend daher konnte noch kein gemeinsamer Standpunkt gefunden werden, in Polen wird ein erneuter Versuch gestartet.

Österreich lehnt den Beschluss der Ausweitung des Mutterschutzurlaubs aus Kostengründen ab.

GESUNDHEIT:

Keine großen Veränderungen in der Gesundheitspolitik, der Schwerpunkt bleibt eine genauere Regelung der Informationen auf pharmazeutischen Produkten.

Österreich steht für eine strikte Arzneimittelinformation und einer klar definierten Abgrenzung von Werbung und Information.

KROATIEN:

Es wird versucht den Beitrittsvertrag unter polnischer Präsidentschaft fertigzustellen und zu unterzeichnen. Kroatien bekommt den Status des aktiven Beobachters, sobald der Vertrag unterzeichnet ist, und kann an Ratsarbeitsgruppen teilnehmen.

Das rasche Voranschreiten im Beitrittsprozess von Kroatien wird von **Österreich**, nicht zuletzt aufgrund der Nachbarschaft, begrüßt.

LANDWIRTSCHAFT:

Die bereits gestartete Diskussion über eine gemeinsame Agrarpolitik wird unter polnischer Ratspräsidentschaft forciert und die Europäische Kommission wird eine Detaildiskussion in den Ratsarbeitsgruppen starten.

Österreich begrüßt diese Zusammenarbeit, in Anbetracht zukünftiger Versorgungsunsicherheiten, unberechenbaren Preisschwankungen und dem Klimawandel.

In Polen wird bei den Verhandlungen des Milchpakets ein einstimmiges Ergebnis erwartet. Auch für den Beschluss der Qualitätskontrolle bei Lebensmittel wird ein positives Ergebnis in Kürze erwartet.

Österreich unterstützt dieses Vorhaben um künftige Krisen zu vermeiden und spricht sich für die Vorlage der Qualitätskontrolle aus, betrachtet aber die Beschränkung von geschützten traditionellen Spezialitäten auf Fertigmahlzeiten kritisch.



**ENERGIE:**

Es wird an einer gemeinsamen permanenten Energiepolitik gearbeitet, unter polnischer Präsidentschaft sollen Verhandlungen und sogar erste Beschlüsse erfolgen.

Österreichs Haltung ist deutlich gegen Kernkraft als Hauptenergiequelle und empfindet Atomenergie nicht als nachhaltig, spricht sich aber dennoch für den höchstmöglichen Sicherheitsstandard aus.

UMWELT:

Unter polnischer Präsidentschaft wird eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls sowie die Umsetzung des Übereinkommens von Cancun bearbeitet.

Österreich steht für ein verbindliches Abkommen des Umweltschutzes und unterstützt auch sonst alle Bestrebungen auf diesem Gebiet, teilt jedoch mit, dass eine Reduktion der Treibhausgase von 30% im Moment nicht möglich ist.

BILDUNG:

Unter polnischer Ratspräsidentschaft wird auf die Modernisierung (vor allem im Hochschulbereich) und Mobilisierung (Sprachkompetenz) der Bildung besonderes Augenmerk gelegt. Es wird auch weiter an einem Jugendprogramm gearbeitet, das die Interaktion junger Menschen vor allem in östlichen Mitgliedsstaaten, durch Freiwilligenprogramme und Veranstaltungen fördert.

Österreich steht allen Vorschlägen positiv gegenüber da Neuerungen des Bildungswesens auch in Österreich aktuell sind und eine gute Nachbarschaft Österreichs mit anderen EU-Mitgliedsstaaten schon immer gefördert wurde.

Der Link zur Homepage des polnischen Vorsitzes mit dem vollständigen Vorsitzprogramm: pl2011.eu/de





2 b: Europa und die Steiermark – Infoteil

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge

EU-Amtsblatt-Newsletter als neues Service der Europa-Abteilung

Die Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen stellt als Newsletter wöchentlich eine nach Themen gegliederte Übersicht der neuen Rechtsakte zusammen, die im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Alle Newsletter mit den neuen Rechtsakten findet man unter:

www.europa.steiermark.at/cms/list/40317717/DE/?page=2

Im folgenden werden nur die wichtigsten Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge, die für die Steiermark von Relevanz sind, zusammengefasst.

NEUE RECHTSAKTE

Binnenmarkt, Wettbewerb, Steuern, Wirtschafts- und Währungspolitik

Beschluss des Europäischen Rates vom 25. März 2011 zur Änderung des Artikels 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:091:0001:0002:DE:PDF>

Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:141:0001:0012:DE:PDF>

Beschäftigung und Sozialpolitik

Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:088:0045:0065:DE:PDF>

**NEUE RECHTSSETZUNGSVORSCHLÄGE:**

Eine vollständige Aufzählung der Rechtssetzungsvorschläge ist zu finden unter:
www.parlament.gv.at/PAKT/EU/#49057241

Binnenmarkt, Wettbewerb, Steuern, Wirtschafts- und Währungspolitik

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen: Bewertung des nationalen Reformprogramms 2011 und des Stabilitätsprogramms Österreichs

Begleitdokument zum / zur Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2011 und Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2011-2014

http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/05/34/053462.pdf

Vorschlag für Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2011 und Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2011-2014

http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/05/34/053461.pdf

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Wohnimmobilienkreditverträge

http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/05/33/053384.pdf

Beschäftigung und Sozialpolitik

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2010/008 AT/AT&S, Österreich)

http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/05/37/053723.pdf

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2010/007 AT/Steiermark und Niederösterreich, Österreich)

http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/05/37/053722.pdf



Umwelt, Energie und Katastrophenschutz

Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms zur Konjunkturbelebung

http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/05/04/050448.pdf

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (Kodifizierter Text)

http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/04/98/049897.pdf